

# N i e d e r s c h r i f t

Über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am, Montag, 09.05.2011,  
Beginn: 18:30, Ende:21:10, Rathaus Brühl, Großer Sitzungssaal

---

Zur Beurkundung der Niederschriften

Das Gremium:

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

---

## **Vorsitzender**

Herrn Bürgermeister Dr. Ralf Göck

## **CDU**

Frau Marina Fassner  
Herr Robert Ganz  
Herr Wolfram Gothe  
Frau Eva Gredel  
Herr Bernd Kieser  
Herr Christian Mildenberger  
Herr Wolfgang Reffert  
Herr Uwe Schmitt  
Frau Claudia Stauffer  
Herr Michael Till

## **SPD**

Herr Klaus Beß  
Herr Hans Hufnagel  
Herr Kai Rill  
Frau Gabriele Rösch  
Herr Roland Schnepf  
Herr Hans Zelt

## **FW**

Herr Jens Gredel  
Frau Heidi Sennwitz  
Herr Thomas Zoepke

## **GLB**

Frau Ulrike Grüning  
Herr Klaus Triebkorn

## **Verwaltung**

Herr Hans Faulhaber  
Herr Reiner Haas  
Herr Klaus Zorn

**Schriftführer**  
Herr Lothar Ertl

**Abwesend**

**FW**  
Herr Werner Fuchs

**Verwaltung**  
Herr Robert Raquet

Nach Eröffnung der Sitzung stellte der Vorsitzende fest dass

1. zu der Sitzung durch Ladung vom 29.04.2011 ordnungsgemäß eingeladen worden ist;
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung am 06.05.2011 ortsüblich bekannt gemacht worden ist;
3. das Gremium beschlussfähig ist, weil mindestens 12 Mitglieder anwesend sind.

Hierauf wird in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:

**TOP: 1 öffentlich**  
**Bekanntgabe der Beschlüsse der letzten nichtöffentlichen Sitzung**

Es wurden keine in der letzten nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse bekanntgegeben.

**TOP: 2 öffentlich**  
**Bebauungsplan "Bäumelweg Nord"**  
**Einleitung Bebauungsplanverfahren**  
2011-0064

**Beschluss:**

Dem vorgestellten städtebaulichen Entwurf vom 18.04.2011 mit „Ringerschließung und innerem Fußwegenetz“ wird zugestimmt.

Auf dessen Basis ist ein Bebauungsplanentwurf zu entwickeln.

**Abstimmungsergebnis:** Mit Stimmenmehrheit zugestimmt

dafür	20
dagegen	2

Der Gemeinderat hat am 28.03.2011 in öffentlicher Sitzung beschlossen, für das Gebiet „Bäumelweg Nord“ einen Bebauungsplan aufzustellen.

Das im Auftrag von ESB Kommunalprojekt AG tätige Planungsbüro Fischer hat städtebauliche Entwürfe entwickelt und diese in der Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt dem Gremium (nicht öffentlich) vorgestellt und erläutert.

Der Entwurf mit einer Ringerschließung und innerem Fußwegenetz wurde als empfohlene Variante vertieft dargestellt (Anlage).

Zu beachtende Eckpunkte bei der Erschließung des Gebietes sind im Osten die Schutzbereiche der Hochspannungsleitung und der Lärmschutz gegen die Autobahn. Erste überschlägige Berechnungen haben gezeigt, dass für einen Teil des Gebietes die Belastung von 60 dB(A) überschritten wird, was Lärmschutzmaßnahmen zur Folge hat.

Erst ein detailliertes Lärmgutachten, das derzeit in Arbeit ist, wird aufzeigen, was genau zu tun sein wird.

Weiterer Schwerpunkt bei der Erstbetrachtung ist die Anbindung an das vorhandene Straßennetz.

Herrschende Meinung war hier, dass eine Hauptanbindung in/aus Richtung Norden (Fichtestraße) und in/aus Richtung Süden (Humboldtstraße / Bahnhofstraße) sinnvoll ist und ansonsten den Verkehr gleichmäßig zu verteilen.

Die Anbindung soll so gestaltet werden, dass eine Nutzung für Durchgangsverkehr (Schleichwege) unterbunden bzw. unattraktiv wird.

Details zu Art und Maß der Nutzung, Lärmschutz und Verkehrswege müssen im Bebauungsplan (-verfahren) herausgearbeitet werden; der städtebauliche Entwurf gibt dies nicht her.

Die Herren Dr. Dopfer / Fischer werden in heutiger öffentlicher Sitzung die städtebaulichen Entwürfe mit Schwerpunkt auf der oben genannten Variante mit Ringerschießung nochmals erläutern.

### **Diskussionsbeitrag:**

Bürgermeister Dr. Göck erläutert, dass durch den städtebaulichen Entwurf das Bebauungsplanverfahren „Bäumelweg Nord“ einen Schritt vorangebracht wurde. Danach präsentierte Herr Peter Fischer vom Planungsbüro Fischer einen Entwurf, der für das 68.000 qm große und in 98 % aufgeteilte Grundstück eine Ringerschließung und ein inneres Fußwegenetz vorsieht. Es sollen hier 66 Einzelhäuser, 12 Doppelhaushälften, 15 Reihenhäuser und 5-Geschoss-Wohnungsbauten entstehen.

Gemeinderat Mildenerger gab die grundsätzliche Zustimmung für die CDU-Fraktion, man soll aber folgende Dinge bedenken bzw. überprüfen:

- Statt einer 3-geschossigen Bauweise der Mehrfamilienhäuser eine 2-geschossige Bebauung mit hohen Dächern.
- Es ist darauf zu achten, dass keine Baulücken entstehen, es sollte ggf. im Vertrag übernommen werden.
- Die Wärmeversorgung solle ausschließlich mit erneuerbarer Energien wie Erdgas, Biomasse oder Photovoltaik sichergestellt werden.

Zudem bat er um rechtzeitige Bürgerbeteiligung und den Lärmschutz.

Auch Gemeinderat Zelt für die SPD-Fraktion signalisierte die Zustimmung und sprach sich für die Erschließung der Ringstraße aus, die sich auch schon in anderen Bereichen bewährt habe. Man müsse aber mit 250 Autos als Quell- und Zielverkehr rechnen und hierbei sei die Erschließung über drei Wege notwendig, nicht wie in der Planung mit nur zwei Straßen. Es sollte überprüft werden, ob die Uhlandstraße noch mit aufgenommen werden kann.

In die gleiche Richtung zielte Gemeinderat Zoepke für die Freien Wähler und befürchtet, dass den Anwohnern der künftigen Zufahrtsstraßen viel zugemutet würde. Er forderte, das vorhandene Straßennetz einzubeziehen und den Baustellenverkehr auf ein verträgliches Maß für die Anwohner zu reduzieren.

Lediglich Gemeinderätin Grüning für die Grüne Liste Brühl sprach sich gegen die Planung aus. Die demografische Entwicklung mache Neubaugebiete überflüssig und sie verwies auf zunehmende Leerstände bestehender Häuser innerhalb der Gemeinde. Auch der Lärmschutz sei nicht ausreichend. Außerdem fordert sie, die geplante Stadtbahntrasse beizubehalten. Zudem wünscht sie sich ein ökologisches Neubaugebiet.

Dem widersprach der Bürgermeister und verwies auf den großen Bedarf an Neubauten. Daneben wird aber auch der alte Kern nicht vernachlässigt, wie das Sanierungsgebiet „Hauptstraße Süd“ zeigt. Zudem müsse jeder selbst entscheiden, ob er in ein altes Haus ziehen möchte oder in einen Neubau.

Auf Fragen einzelner Gemeinderatsmitglieder erläutert Herr Fischer, dass derzeit alle Gutachten wie Artenschutz, Lärm, biotopische Umlegungsverfahren parallel zum Bebauungsplan laufen.

**TOP: 3 öffentlich**  
**Bebauungsplan "Koller, 1. Änderung"**  
**Zustimmung zum Bebauungsplanentwurf**  
2011-0063

**Beschluss:**

Dem vorliegenden Bebauungsplanentwurf in der Fassung vom 18.03.2011 wird zugestimmt.

Den örtlichen Bauvorschriften nach § 74 LBO für das Bebauungsplangebiet wird zugestimmt.

Eine Umweltprüfung im Sinne des § 2, Abs. 4 BauGB ist erforderlich.

Die Beteiligung von Öffentlichkeit und Trägern öffentlicher Belange, §§ 3 und 4 BauGB, ist durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis:** Mit Stimmenmehrheit zugestimmt

dafür	20
dagegen	2

Der Gemeinderat hat in seiner öffentlichen Sitzung am 27.09.2010 beschlossen, den rechtskräftigen Bebauungsplan „Koller“ zu ändern.

Ziel der Änderung ist es, in einem Teilbereich ortsfeste Campinghäuser errichten zu können und einen ganzjährigen Betrieb zu ermöglichen.

Nur auf dieser Basis sind die Errichtung und der rentable Betrieb einer Campinganlage möglich, so die Aussage des am Betrieb nachhaltig interessierten Investors.

Das Planungsbüro RegioPlan hat in Abstimmung mit Investor und Verwaltung einen Bebauungsplanentwurf erstellt und diesen dem Gemeinderat am 28.03.2011 detailliert vorgestellt und Fragen aus Reihen des Gemeinderates beantwortet.

Weiteres Ziel der Bebauungsplanänderung ist es wie bisher, die Zusammenführung der verstreut auf der Kollerinsel ansässigen Vereine zu ermöglichen.

Dies ist bei verschiedenen Ansätzen in der Vergangenheit stets daran gescheitert, dass kein angedachtes Betreiberkonzept letztlich rentabel zu realisieren und dauerhaft zu erhalten war.

Bei der späteren baulichen Umsetzung des Campingkonzeptes und dessen laufendem Betrieb wird die Gemeinde Brühl finanziell keine große Verantwortung übernehmen; dies ist Sache des Investors.

Verpächter der Fläche wird der Grundstückseigentümer sein.

Der Grundstückseigentümer hat hierzu und zu der geplanten BPlan-Änderung sein Einvernehmen signalisiert.

Die Gemeinde übernimmt auf ihre Kosten die Erschließung bis zur Pachtfläche; die innere Erschließung ist Sache des Investors.

Der künftige ganzjährige überwachte Betrieb des Campingplatzes wird auch das derzeitige Problem mit der „wilden“ Nutzung der Warft und des „freien“ Badestrandes beenden. Derzeit bestehen die Probleme insbesondere darin, dass (Bade)Gäste ungeordnet parken und nicht nur den Strand, sondern auch im Bereich der Äcker von Pächter Erny ihre eigenen Abfälle jeglicher Art sowie die Hinterlassenschaften ihrer Haustiere zurücklassen.

Diese Probleme würden nicht beseitigt, wenn, wie angedacht, lediglich eine freie Toilettenanlage errichtet würde, da dort eine dauerhafte Überwachung aus wirtschaftlichen Gründen nicht denkbar ist, aber die Gefahr des Vandalismus dann noch hinzukäme.

Der Bebauungsplanentwurf liegt während der Sitzung auf.

Jede Fraktion erhält vor der Sitzung einen kompletten Plansatz sowie nochmals den die Kollerinsel betreffenden Ausschnitt der Studie des Verbands Region Rhein-Neckar zum Campingstandort Kollerinsel.

#### **Diskussionsbeitrag:**

Bürgermeister. Dr. Göck erläutert den Sachverhalt und informierte den Gemeinderat, dass nach einer ersten erfolgten Abstimmung mit übergeordneten Behörden, die GRZ für die Campinghäuser von 1.600 m<sup>2</sup> auf 1.400 m<sup>2</sup> sowie deren maximale Höhe statt 4.0 m auf 3,50 m begrenzt werden solle.

Gemeinderat Gothe nannte als Hauptziel die Zusammenführung der verschiedenen Vereine. Außerdem bereiten derzeit starke Verschmutzungen und wildes Parken große Probleme, die mit einer Umsetzung des Bebauungsplans behoben werden könnten. Es sei weiterhin wichtig lediglich ein Kiosk und keinen Restaurant Betrieb vorzugeben. Der zukünftige Betreiber müsse direkt mit dem Land Baden-Württemberg ein Pachtverhältnis eingehen. Beim Bau des Polders sei der Gemeinde die Ertüchtigung der Hochwasserdämme zugesagt worden. Die Verwaltung sollte dieses Versprechen nochmals einfordern. Abschließend stimmt er dem Beschlussvorschlag im Namen der CDU zu.

Gemeinderat Schnepf stimmte im Namen der SPD ebenfalls zu. Es können endlich geordnete Verhältnisse geschaffen werden. Die Änderung des Bebauungsplanes in der vorliegenden Fassung erscheine ihm Erfolg versprechend. Er bat um Beteiligung von Otterstadt im Rahmen des Verfahrens.

Auch Gemeinderat Gredel stimmte im Namen der Freien Wähler dem Beschlussvorschlag zu. Hier sei es wichtig, dass nicht die Gemeinde sondern der Investor Pächter des Geländes wird.

Gemeinderat Tribskorn wies auf den regionalen Grünzug hin, der im Regionalplan verankert sei. Hier stellte sich die Frage nach einem Zielabweichungsverfahren, weiterhin wären im textlichen Teil falsche Quadratmeter Angaben zur Dachflächenbegrünung. Seiner Meinung nach wäre auf den vorgesehenen Flächen keine Regenwasserversickerung möglich, da es Abraummaterialien mit hohem Feinanteil wäre.

Er könne dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Eine Fußgängerbrücke über den Rhein wäre wesentlich sinnvoller.

#### **TOP: 4 öffentlich**

#### **Gemeindewohnhäuser und Grundschule Rohrhof Heizungsanlagen / Fernwärme - Vergabe von Heizungsanlagen DIN 18380**

2011-0062

#### **Beschluss:**

Den Auftrag zur Ausführung der Heizungsanlagen für die Gemeindehäuser Hauptstr. 6, Hauptstr. 12, Ketscher Str. 51, Schwetzingen Str. 10, Schulstr. 16 und die Grundschule Rohrhof erhält die Firma Krupp & Herberger aus Brühl zum Angebotspreis von 92.907,31 €.

#### **Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

In der Sitzung des Gemeinderates vom 18.01.2010 wurde beschlossen, dass gemeinde-eigene Immobilien an das Fernwärmenetz angeschlossen werden sollen.

Im Jahr 2010 wurden Fernwärmestationen in die Gemeindewohnhäuser Rohrhofer Str. 7 und 7a, Hildastr. 26 und Nibelungenstraße 12 einschl. Gemeindekindergarten installiert.

In diesem Jahr werden für die Gemeindehäuser Hauptstr. 6, Hauptstr. 12, Ketscher Str. 51, Schwetzingen Str. 10, Schulstr. 16 und die Grundschule Rohrhof die Fernwärmeanschlüsse von der MVV hergestellt.

Das Wohnhaus Schulstr. 16 wird derzeit mit Öleinzelföfen mit zentraler Ölversorgung beheizt. Die vorhandenen Ölofen, Tanks und Leitungen werden demontiert und entsorgt. Von den neu zu installierenden Fernwärmestationen werden neue Verteil- und Steigleitungen in die einzelnen Wohnungen verlegt und an neue Heizkörper angeschlossen.

Bei den restlichen Gebäuden werden nur die bestehenden Heizungsanlagen ersetzt durch Fernwärmestationen. Die vorhandenen Verteilleitungen und Heizkörper werden weiter genutzt.

Die Gewerke wurden nach den Bestimmungen der VOB beschränkt ausgeschrieben.

Zur Angebotsabgabe wurden sieben Firmen aufgefordert.

Zum Submissionstermin am 14.04.2011 lagen fünf Angebote mit nachfolgenden geprüften Angebotssummen (brutto) vor:

Firma Krupp und Herber aus Brühl	92.907,31 €
Firma MK-Heizungsbau, Hockenheim	102.535,56 €
Firma Exotherm, Mannheim	111.268,37 €
Firma Essenpreis, Östringen	118.356,47 €
Firma Schmitt Haustechnik, Eppelheim	121.879,87 €

Nach Prüfung und Wertung der Angebote liegt das in wirtschaftlicher und technischer Hinsicht annehmbarste Angebot von der Firma Krupp und Herberger vor.

Es wird daher empfohlen, dieser Firma den Auftrag zu erteilen.

In der Kostenberechnung waren 114.240,00 Euro veranschlagt.

Die finanziellen Mittel stehen im Haushalt 2011 zur Verfügung.

#### **Diskussionsbeitrag:**

In diesem Zusammenhang wünscht sich Gemeinderat Uwe Schmitt, dass das Fernwärmenetz in der Hauptstraße bis zum Sanierungsgebiet „Hauptstraße Süd“ weitergeführt wird.

#### **TOP: 5 öffentlich**

##### **Erweiterung Gemeindekindergarten "Haus der Kinder"**

- Zustimmung zu Gesamtkosten
- Vergabe Zimmer- und Holzbauarbeiten DIN 18334
- Vergabe Dachdeckungs- und Dachabdichtungsarbeiten DIN 18338 und Klempnerarbeiten DIN 18339

2011-0061

#### **Beschluss:**

1. Der Gemeinderat nimmt von den vorgestellten Gesamtkosten Kenntnis.
2. Der Auftrag zur Ausführung der Zimmer- und Holzbauarbeiten erhält die Firma Merkle GmbH aus Bissingen-Teck zum Angebotspreis von € 190.191,87.
3. Der Auftrag zur Ausführung der Dachdeckungs- und Dachabdichtungsarbeiten sowie Klempnerarbeiten erhält die Firma Daub aus Oftersheim zum Angebotspreis von € 108.365,06

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

## Baukosten

In der Sitzung des Gemeinderates am 20.09.2010 wurde beschlossen, dass der Gemeindekindergarten aufgrund des Bedarfs sowie gesetzlicher Vorgaben erweitert wird.

In der gleichen Sitzung wurden Baukosten von ca. 950.000,00 € (Kostenschätzung vom 08.09.2010) bewilligt.

Die Gesamtkosten setzten sich zum damaligen Zeitpunkt im Rahmen der Kostenschätzung wie folgt zusammen:

Herstellungskosten	950.000,00 €
Nebenkosten	215.000,00 €
Außenanlage	<u>100.000,00 €</u>
Gesamt	1.265.000.00 €

Ausgaben für Ausstattung, Inneneinrichtung und Küchenausstattung waren nicht beinhaltet.

Nach jetzt vorliegender Kostenberechnung vom 03.04.2011 setzen sich die Gesamtkosten wie folgt zusammen:

Herstellungskosten	1.089.550,00 €
Nebenkosten	215.083,00 €
Außenanlage	<u>100.000,00 €</u>
Gesamt	1.404.633.00 €

Hinzu kommt die mittlerweile vorliegende Kostenberechnung für Beleuchtungsanlagen und Küche in Höhe von 66.000,00 €

Bei der Kostenschätzung vom 20.09.2010 handelte es sich um eine überschlägige Ermittlung von Kosten auf Grundlage der Vorplanung und Massenschätzungen. Da es sich nicht um einen reinen Neubau sondern gleichzeitig um einen Anbau verbunden mit einem erheblichen Eingriff in den Bestand handelt, fiel die Kostenschätzung zu gering aus. Dies gilt für die reinen Baukosten wie auch für die technischen Gewerke Heizungs-, Lüftungs-, Sanitär- und Elektroarbeiten. Die Planungen wurden präzisiert und die Kosten Gewerke weise berechnet, sodass nun belastbare Zahlen vorliegen.

Bei allen bisherigen Festlegungen zu technischen Details wie auch zur Ausstattung des Neubaus war die Verwaltung stets darauf bedacht ohne Verzicht auf Qualität die jeweils kostengünstigsten Varianten auszuwählen.

Bei allen Betrachtungen blieb die Gestaltung der Außenfassade bisher unberücksichtigt. Die Kostenberechnung geht von einer identischen Fortführung des Altbestandes im Neubau als Fassade mit Wärmedämmverbundsystem aus. Eventuelle Gestaltungselemente in Form oder Material blieben unberücksichtigt. In einer der nächsten Sitzungen sollen dem Gemeinderat Varianten vorgestellt werden, die verschiedene Gestaltungselemente berücksichtigen und mit den entsprechenden Kosten hinterlegt sind.

Nach der Vergabe der Rohbauarbeiten wurden nachfolgende Gewerke nach den Bestimmungen der VOB beschränkt ausgeschrieben.

Die Prüfung und Wertung der Angebote erfolgte durch den beauftragten Architekten Dipl. Ing. (FH) Helmut Baur.

#### Vergabe Zimmer- und Holzbauarbeiten

Zur Angebotsabgabe wurden 9 Firmen aufgefordert.

Zum Submissionstermin am 19.04.2011 lagen zwei Angebote mit nachfolgenden geprüften Angebotssummen (brutto) vor:

Fa. Merkle GmbH aus Bissingen-Teck	€ 190.191,87
Fa. Elsässer GmbH aus Mannheim	€ 214.177,09

Nach Prüfung und Wertung der Angebote liegt das in wirtschaftlicher und technischer Hinsicht annehmbarste Angebot von der Firma Merkle GmbH aus Bissingen-Teck vor.

Es wird daher empfohlen, dieser Firma den Auftrag zu erteilen.

Finanzmittel stehen im Vermögenshaushalt zur Verfügung.

In der Kostenberechnung von Herrn Baur waren 190.000,00 € veranschlagt.

#### Vergabe Dachdeckungs- und Dachabdichtungsarbeiten sowie Klempnerarbeiten

Bei diesem Gewerk wurde zusätzlich zu einer Faserzementplatten-Dacheindeckung (Eternit, Berliner Welle) als Zulage eine hochwertigere Profilblecheindeckung aus Aluminium (Kal-Zip) ausgeschrieben. Somit beinhalten die nachfolgenden Angebotssummen die Kosten für die Blecheindeckung.

Zur Angebotsabgabe wurden 6 Firmen aufgefordert.

Zum Submissionstermin am 19.04.2011 lagen 6 Angebote mit nachfolgenden geprüften Angebotssummen (brutto) vor:

Fa. Daub aus Oftersheim	€ 117.267,47
Fa. Limmer aus Ketsch	€ 129.736,73
Fa. Süß aus Mannheim	€ 140.963,89
Fa. Wiesendanger aus Rauenberg	€ 174.657,97
Fa. Winterbauer aus Heidelberg	€ 186.695,53

Das Angebot der Fa. Eigner aus Hockenheim wurde nicht gewertet auf Grund von fehlenden Angaben der Einzelpreise der Blecheindeckung.

Entfällt die Zulage der Blecheindeckung, werden sich die Kosten für eine Faserzement-eindeckung bei der Firma Daub auf 108.365,06 € und bei der Firma Limmer auf 108.885,17 € belaufen.

Auf Grund der nachfolgenden gesamten Baukostensteigerung, wird empfohlen die Dach-eindeckung in Faserzement auszuführen.

Somit liegt das in wirtschaftlicher und technischer Hinsicht annehmbarste Angebot von der Firma der Firma Daub aus Oftersheim vor.

Es wird daher empfohlen, dieser Firma den Auftrag zu erteilen.

Finanzmittel stehen im Vermögenshaushalt zur Verfügung.

In der Kostenberechnung von Herrn Baur waren 96.000,00 € veranschlagt.

**Diskussionsbeitrag:**

Unstrittig war die Vergabe der Zimmer- und Holzbauarbeiten, die Dachdeckungs- und Abdichtungsarbeiten sowie die Klempnerarbeiten an die Firma Merkle GmbH aus Bissingen-Teck bzw. Firma Daub aus Oftersheim.

Unmut kam aber insbesondere hinsichtlich der Gesamtkosten auf und Gemeinderätin Stauffer zeigte sich erstaunt über den Anstieg der Gesamtkosten von jetzt nicht mehr 1,26 Mio. € sondern fast 1,5 Mio. €. Sie kann dem Punkt 1 nicht zustimmen und beantragte eine Vertagung dieses Punktes, dem dann auch später zugestimmt wurde. Sie sprach von einer Salami-taktik und wünscht sich ein transparentes Zahlenwerk. Dem widersprach der Bürgermeister, denn es sei das erste Mal, dass hier Zahlen verändert würden und somit auch nicht von einer Salami-taktik gesprochen werden kann. Dies hängt insbesondere auch mit der konjunkturellen Entwicklung und somit höheren Preisen zusammen.

Gemeinderätin Rösch regt an, andere Einsparungspotentiale zu nutzen und vielleicht bei der zukünftigen Ausstattung zu sparen.

Für Gemeinderätin Sennwitz (FW) ist es sehr wichtig, dass die Arbeiten am 01. Januar 2012 abgeschlossen sind, damit die Plätze für die 20 Kleinkinder bereitstehen.

Von Beschwerden der Anwohner in der Nibelungenstraße hörte Gemeinderat Gredel, die von den Bauarbeiten im Kindergarten nichts wussten. Dies wurde lt. Bauamtsleiter Reiner Haas leider vergessen und er hat sich bei den Anwohnern entschuldigt.

**TOP: 6 öffentlich**  
**Überplanmäßige Ausgaben 2010**  
2011-0058

**Beschluss:**

Die über- und außerplanmäßigen Ausgaben werden gemäß § 84 GemO genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

Nach der Hauptsatzung ist für die Genehmigung über- bzw. außerplanmäßiger Ausgaben zuständig:

Der Bürgermeister	bis 10 T€
Der Verwaltungsausschuss	mehr als 10 T€ bis zu 50 T€
Der Gemeinderat	mehr als 50 T€

Die Höhe der überplanmäßigen Ausgaben ist nur eine Aussage über die Abweichungen vom Haushaltsplan. Eine Aussage über die Haushaltssituation kann daraus nicht abgeleitet werden. In den letzten Jahren fielen überplanmäßigen Ausgaben wie folgt an:

Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	Mittelwert
Umfang Ges.-Hh	19.533.709,75	26.628.037,28	27.480.793,91	23.182.386,01	25.202.949,31	24.405.575,25
% - Anteil	3,70%	3,14%	3,08%	5,40%	5,43%	4,15%

**TOP: 7 öffentlich  
Annahme von Spenden  
2011-0060**

**Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der Annahme der vorgelegten Spende(n) zu.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

Die Gemeindeordnung Baden-Württembergs wurde zu Beginn des Jahres 2006 dahingehend geändert, dass die Annahme von Spenden in öffentlicher Sitzung vom Gemeinderat genehmigt werden muss. Die Regelung zielt dahin, mehr Rechtssicherheit für den Spender und für die Mandatsträger der empfangenden Gemeinde zu schaffen. Es ist offenzulegen, in welcher Beziehung die Gemeinde zu dem Spender steht. Weiterhin wird herausgestellt, dass zwischen der Spende und der Dienstausübung keinerlei Verknüpfung besteht.

Über die Annahme von anonymen Spenden, bei denen auch der Verwaltung der Name des Spenders nicht bekannt ist, wird in öffentlicher Sitzung Beschluss gefasst. Ist der Verwaltung dagegen der Name des Spenders bekannt, dieser möchte aber nicht genannt werden, wird dem Grundsatz der Öffentlichkeit entsprochen, indem über die Existenz einer solchen Spende in öffentlicher Sitzung informiert wird. Über die Annahme entscheidet der Gemeinderat in nichtöffentlicher Sitzung.

Weil die Spender zeitnah Spendenbescheinigungen für ihre Steuererklärung wünschen, diese aber von der Verwaltung erst nach der Beschlussfassung über die Spendenannahme ausgestellt werden, kommt das Thema mehrmals jährlich auf die Tagesordnung.

Die aus der Anlage ersichtliche(n) Spende(n) ist/sind heute Gegenstand der Beschlussfassung.

**Diskussionsbeitrag:**

Die Gemeinderäte Till, Mildenberger und Stauffer sind befangen und entfernen sich vom Ratstisch.

**TOP: 8 öffentlich**  
**Informationen durch den Bürgermeister**

**TOP: 8.1 öffentlich**  
**Steffi-Graf-Park**

Aufgrund der aktuellen Situation hinsichtlich Lärmbelästigung und Vandalismusschäden im Steffi-Graf-Park informierte der Bürgermeister den Gemeinderat über Maßnahmen zur Einschränkung der dortigen Belästigungen. Zur Aufwertung des Steffi-Graf-Parks wurden bisher rund 150.000 € aufgewendet. Die Betreuung und Grundreinigung des Parks erfolgt derzeit von einem Bauhofmitarbeiter täglich ca. 1 Stunde. Um die Betreuung zu erweitern, ist eine geförderte Maßnahme des Arbeitsamtes im Rahmen der Bürgerarbeit geplant. Durch eine verstärkte Präsenz des Vereins Postillion, des Gemeindevollzugsbeamten und der Polizei, sollen Störungen und Beschädigungen eingeschränkt werden. Zur Bewältigung der Probleme wurde zudem von der Verwaltung und dem Verein Postillion eine Arbeitsgemeinschaft „Steffi-Graf-Park“ mit Anwohnern und Jugendlichen ins Leben gerufen. Gegen negativ auffallende Jugendliche wurden zwischenzeitlich auch Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet.

**TOP: 8.2 öffentlich**  
**Ormessonfahrt**

Vom 20. bis 22. Mai findet in Ormesson ein Partnerschaftstreffen statt, bei dem neben 52 Bürgerinnen und Bürger, der Bürgermeister, etliche Gemeinderäte sowie die Verwaltung teilnehmen.

**TOP: 8.3 öffentlich**  
**Welde-Bockbieranstich**

Bürgermeister Dr. Göck teilt den Gemeinderatsmitgliedern mit, dass der Welde-Bockbieranstich zukünftig nicht mehr in Brühl stattfinden wird. Die Geschäftsleitung der Firma Weldebräu möchte dies auf dem eigenen Firmengelände durchführen, was vom Bürgermeister sehr bedauert wird.

**TOP: 8.4 öffentlich**  
**Fischerfest Brühl**

Das Fischerfest in Brühl findet im Jahr 2011 nicht statt. Erst im Jahre 2012 ist es wieder mit einem Festwirt geplant. Für die Senioren soll statt des Fischessens am 16. September ein Herbstfest in der Festhalle angeboten werden.

**TOP: 9 öffentlich**  
**Fragen und Anregungen der Mitglieder des Gemeinderats**

**TOP: 9.1 öffentlich**  
**Gemeinderat Zelt**

Er ging auf den Koalitionsvertrag der zukünftigen Landesregierung ein und sieht hier wesentliche Änderungen im Bereich des Bildungswesens. Demnach habe die neue Werkrealschule keine große Zukunft, längeres gemeinsames Lernen werde aber gefördert, wenn es die Gemeinden als Schulträger wünschten. Dies habe der Brühler Gemeinderat auch früher schon beschlossen.

Antwort des Bürgermeisters:

Er teilt mit, dass derzeit Gespräche mit dem Staatl. Schulamt geführt werden und man mit dem Antrag zur Einrichtung der Werkrealschule noch etwas abwarten. Er bestätigt, dass es einen Beschluss des Gemeinderates zur Einrichtung einer Verbundschule gebe. Sobald sich die ersten Umrisse der neuen Schulpolitik zeigten, werde man wieder Kontakt zu der Gemeinde Ketsch suchen. Vielleicht könnte man zusammen mit Ketsch die Idee der Verbundschule wiederaufleben lassen.

**TOP: 9.2 öffentlich**  
**Gemeinderat Reffert**

Er findet nicht in Ordnung, die Firma Telekom beim Ausbau des Glasfasernetzes in Brühl mit einem Brief des Bürgermeisters an alle Haushalte zu unterstützen. Hier werde die Brühler Firma „TV Gredel“ benachteiligt. Zudem sei der Anschluss in anderen Gemeinden kostenfrei.

Antwort des Bürgermeisters:

Er bedauert, dass dies so negativ gesehen wird, denn er habe auch positive Rückmeldungen von Brühler Bürgern erhalten, aber auch außerhalb der Gemeinde werde nachgefragt, wie das möglich gemacht worden sei. Die meisten Anrufer meinten, die Gemeinde müsse dafür Zuschüsse leisten, was aber nicht der Fall sei. „Unsere Gemeinde wird ohne Steuergelder flächendeckend an das Glasfasernetz der Zukunft angeschlossen“, freute sich der Bürgermeister über diesen weiteren Standortvorteil Brühls. Mit seinem Schreiben habe er die Haus- und Wohnungseigentümer über diese neue Möglichkeit des Breitbandanschlusses informiert, die zu einer Wertsteigerung der Immobilie führen könne. Die Entscheidung liege aber beim Haus- bzw. Wohnungsbesitzer. Es seien auch keine Adressen weitergegeben und somit auch nicht gegen den Datenschutz verstoßen worden. In Gesprächen mit der Firma Telekom konnten die Anschlusskosten zwar reduziert, aber leider nicht „wegverhandelt“ werden. Brühl sei allerdings die einzige Flächengemeinde – ansonsten würden nur Stadtteile mit hoher Wohnungsdichte angeschlossen, wodurch geringere Investitionskosten für die Telekom anfallen.

**TOP: 9.3 öffentlich**  
**Gemeinderat Gredel**

Bezüglich des Ausbaus des Glasfasernetzes seien „Hausierer“ unterwegs, die ältere Menschen verunsichern.

Antwort des Bürgermeisters:

Solche Vertriebspraktiken findet er auch nicht gut, aber leider habe er hier keinen direkten Einfluss, werde das aber der Telekom mitteilen.

**TOP: 9.4 öffentlich**  
**Gemeinderat Tribskorn**

Er bemängelt einen Elektrozaun im Rheinfeld, der im Landschaftsschutzgebiet liegt.

**TOP: 9.5 öffentlich**  
**Gemeinderat Tribskorn**

Er bezieht sich auf einen Artikel in der Brühler Rundschau und bemängelt das Radwegenetz in Brühl.

Antwort des Bürgermeisters:

Er widersprach dem vehement, denn in Brühl ist ein hervorragendes Radwegenetz entstanden, das derzeit mit grünen Leitschildern markiert werde.

**TOP: 9.6 öffentlich**  
**Gemeinderätin Rösch**

Sie wünscht sich eine mobile Mikrofonanlage auf den Friedhöfen in Brühl und Rohrhof, die am Grab eingesetzt werden kann.

**TOP: 9.7 öffentlich**  
**Gemeinderat Gothe**

Er stellte eine lange Warteliste für Mietkabinen im Freibad fest und macht den Vorschlag, laut Bäderleitung nicht mehr benötigte Umkleidekabinen in Mietkabinen umzuwandeln.

**TOP: 10 öffentlich**  
**Fragen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger**

**TOP: 10.1 öffentlich**  
**Herr Hartmut Erny**

Als Betreiber des Kollerhofes sieht er die Einrichtung eines Campingplatzes kritisch und bezweifelt, dass die Camper dorthin umziehen wollen. Durch den Campingplatz erwartet er einen größeren Publikumsverkehr und dadurch noch mehr Probleme mit freilaufenden Hunden und ihren Besitzern, aber auch mit wildem Müll. Ihm wäre es viel wichtiger, dass der Fährbetrieb ganzjährig eingerichtet wird, dies sei ihm vom Land versprochen worden.

Antwort des Bürgermeisters:

Herr Erny widerspreche sich selbst, denn nur wenn mehr Menschen auf die Kollerinsel kämen, steige der Druck auf das Land als Fährbetreiber und nur dann würden die Fährzeiten verlängert. Werde die Insel „ganz ruhig“ gehalten, gebe es wenig Chancen für längere Fährzeiten oder gar die gewünschte Fußgängerbrücke.

**TOP: 10.2 öffentlich**  
**Herr Schaaf**

Er bemängelt im Namen der Bewohner Nibelungenstraße 12 die Umbaumaßnahmen beim Gemeindekindergarten. Insbesondere möchte er, dass die Mülleimer zukünftig an einer anderen Stelle untergebracht werden. Er kritisiert den Hausmeister der Wohnanlage, der abberufen werden sollte, da er seine Arbeit nicht fachgerecht ausführe. So sei der Winterdienst nicht ordnungsgemäß erledigt worden. Außerdem sollten nach seiner Ansicht die Randsteine zu den Parkplätzen tiefergelegt werden.

Antwort des Bürgermeisters und Ordnungsamtsleiter Hans Faulhaber:

Laut Herrn Faulhaber ist es nicht geplant, die Mülleimer zukünftig an einer anderen Stelle unterzubringen.

Der Bürgermeister erläutert, dass die Verwaltung die Tieferlegung der Randsteine überprüfen werde, allerdings müssten die Kosten dann auf die Mieten der Parkplätze bzw. Wohnungen umgelegt werden.